

**2480/J-BR/2007**

---

**Eingelangt am 31.01.2007**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

der vom Vorarlberger Landtag entsandten Bundesräte (Jürgen Weiss, Edgar Mayer und Ing. Reinhold Einwallner)

an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

betreffend Vignettenpflicht für den Pfändertunnel

Am 2. März 2006 haben Vertreter von 21 Gemeinden im Großraum Bregenz-Lindau dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie anlässlich des EU-Verkehrsminister-treffens in Vorarlberg die mit rund 29.000 Unterschriften unterstützte Forderung dargelegt, für den Abschnitt der A 14 Rheintalautobahn zwischen dem Grenzübergang Hörbranz/Lochau und der Anschlussstelle Hohenems dauerhaft bzw. zumindest als Pilotversuch eine Mautbefreiung einzuführen. Dies wurde damit begründet, dass es durch die Mautpflicht für den Pfändertunnel vor allem beim Transitverkehr zwischen Deutschland und der Schweiz in Bregenz und seinen Nachbargemeinden zu einer massiven Verkehrsverlagerung auf das niederrangige Straßennetz und damit auf die Ortsgebiete kommt. Vor allem durch den damit verbundenen Verkehrsstau sind sowohl für die Bevölkerung als auch für die Umwelt und die Wirtschaft gravierende Beeinträchtigungen verbunden.

Zur Lösung dieses Problems gab es früher auch schon Überlegungen, im Rahmen eines Pilotversuches für den in Frage kommenden Autobahnabschnitt eine Eintagesvignette einzuführen.

Daher richten die unterzeichneten Bundesräte an den Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie folgende

### **A n f r a g e :**

1. Welches Schicksal haben die von der Stadt Bregenz und ihren Nachbargemeinden vorgelegten 29.000 Unterschriften für eine Verbesserung der Verkehrssituation im Großraum Bregenz erfahren?
2. Was werden Sie unternehmen, damit der auf Grund der für den Pfändertunnel geltenden Mautpflicht entstehenden Umgekungsverkehr durch die Ortsgebiete im Großraum Bregenz durch eine entsprechende Änderung der Bemautung oder andere geeignete Maßnahmen verringert wird?